

E/XVII/239

Bonn, den 28. November 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Die Akteure wurden früh genug gewarnt ----- Bemerkungen zur Regierungskrise Von G. Markscheffel	43
2	"Nur 144" ----- übliche Form der Auseinandersetzung mit Recht und Wahrheit	32
3	Peinlicher Jahrestag ----- Pankow und das Berlin-Ultimatum vom 27. November 1958 Von E. Zachmann, Berlin	52
4	Ausweitungen des Falles Fellenz ----- Ludwigsburg brachte es an den Tag	42
5 - 6	Wiener Geburtswehen ----- Gerüchte und Versuchsballons Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta	67

Chefredakteur Günter Markscheffel

Die Akteure wurden früh genug gewarnt

Bemerkungen zur Regierungskrise

G.N. - In diesen Tagen, da sich die vermeintlich ministralen Koalitions-Politiker bei Herrn Dr. Adenauer einander die Türklinke in die Hand geben, lebt die Bundesrepublikanische Politik von Gerüchten, Takt- und Erpressungsversuchen. Die sogenannte Spiegel-Affäre ist etwas in den Hintergrund getreten; sichtbar bleibt ein Zustand, der eigentlich schon in der Nacht nach der Bundestagswahl 1961 jedem einigermassen mit den Bonner Verhältnissen Vertrauten hätte klar sein müssen: die Unfähigkeit einer der absoluten Mehrheit entkleideten politischen Führungsschicht, mit den das deutsche Volk bedrängenden Problemen fertig zu werden.

Als der SPD-Vorsitzende Erich O l l e n h a u e r seinerzeit nach den wochenlangen Koalitionsverhandlungen zu der ersten Regierungserklärung der vierten Regierung Adenauer Stellung nahm, sagte er, diese Regierung werde wegen ihrer inneren Zerrissenheit nicht fähig sein, konstruktiv an der Bewältigung der vor uns stehenden Aufgaben zu arbeiten.

Die Richtigkeit dieses Wortes ist im vergangenen Jahr mehr als einmal bestätigt worden und hat in den letzten Wochen, bis zu dieser Stunde, eine derartige Rechtfertigung erfahren, daß wir - im staatspolitischen Interesse - versucht wären, zu sagen, wir wünschten, nicht Recht gehabt zu haben...

Wünsche sind jedoch keine politischen Realitäten. Zahlreiche Abgeordnete der CDU/CSU wissen genau, daß der einzig mögliche Ausweg aus dem Dschungel der permanenten Unfähigkeit dieser Regierung nicht nur das Auswechseln von einzelnen Ministern, sondern eine Reform der gegenwärtigen Regierung an Haupt und Gliedern ist. Sie wissen auch, daß die Fehler der Vergangenheit nicht durch schlau-sein-sollende Erklärungen oder gar kräftige Worte aus der Welt geschafft werden können.

- * Hier handelt es sich um die grundlegende Bereinigung einer
- * seit Jahren schleichenden Krise, die inzwischen durch die
- * Handlungsunfähigkeit einer notdürftig zusammengehaltener
- * Koalition und die Auswüchse eines rücksichtslosen Macht-
- * gefühls zu einer Vertrauenskrise in die Funktionsfähig-
- * keit unserer demokratischen Institutionen geführt hat.

Wer die Schuld daran trägt, ist nicht schwer zu erkennen.

Wenn unserem Volk, und besonders seiner Jugend, das Vertrauen in das Funktionieren des demokratischen Staates erhalten bleiben soll, darf nicht der Ausgang einer Landtagswahl zum Maßstab für die Frage gemacht werden, ob dieser oder jener Mann noch Minister sein kann. Entscheidend ist, daß die U r s a c h e n der Krise ohne Rücksicht auf Personen, deren Verhalten zu ihr geführt hat, aufgedeckt werden. Dies im Interesse des demokratischen Staates zu tun, ist die Aufgabe aller, die frühzeitig davor gewarnt haben, die Legalität zu manipulieren und die Staatsmacht als ein Werkzeug einseitiger Interessen zu betrachten. Die Warner sind in a l l e n Parteien zu finden.

"Nur 144"

Uble Form der Auseinandersetzung mit Recht und Wahrheit

sp - Wer Mangel an Takt hat und einen schlechten Stil in öffentlichen Angelegenheiten als der Weisheit letzter Schluss betrachtet, kommt nicht mehr davon weg. Auch dann nicht, wenn er eigentlich froh sein müsste, dass sich an den deutschen Universitäten unabhängige Professoren finden, die sich verpflichtet fühlen, die zur Zeit noch amtierende Regierung auf ihre vornehmste Aufgabe aufmerksam zu machen: Hüterin der Unverletzbarkeit unserer Rechtsstaatlichkeit zu sein.

Jetzt wird an den Professoren herumgemäkelt, die in Tübingen, Bonn, Hamburg und an anderen deutschen Universitäten ihrer Sorge um die Erhaltung dieser unserer Rechtsstaatlichkeit Ausdruck gaben. Aber siehe da - man polemisiert nicht etwa gegen die Berechtigung oder den Inhalt der Professoren-Erklärung, sondern sagt und schreibt, es seien ja "nur 144" von rund dreimal soviel gewesen.

Wo leben wir eigentlich? Wird bei uns in gewissen Publikationsorganen das Recht, die Freiheit der Meinungsäußerung und das Verantwortungsbewusstsein, das in öffentlichen Erklärungen von unabhängigen Personen zum Ausdruck kommt, schon wieder in seinem Wert mit Zahlen gemessen? Im "Dritten Reich" wurden öffentliche Erklärungen bekanntlich einstimmig abgegeben; bei Ulbricht ist es nicht anders. Uns scheint, als polemisierten jetzt einige Leute in der Bundesrepublik gegen die Professoren von Tübingen, Bonn und Hamburg, die immer noch - oder schon wieder? - in den Normen totalitärer Staaten und Gesellschaftsformen denken.

Wir hätten nichts dagegen, wenn irgendjemand aufstünde und sagen würde, die Professoren irren in diesem oder jenem Punkt, ihre Aufregung ist unberechtigt; dafür leben wir in einem demokratischen Staat. Aber den Inhalt des Professoren-Protestes einfach zu übergehen und nach Beckmesser-Art aufzurechnen, dass "diese 144" nur ein Teil aller Professoren sind - d a s ist ungefähr das Letzte, was wir uns gerade jetzt noch leisten können.

Peinlicher Jahrestag

Von Eberhard Zachmann, Berlin

Wer am 27. November in den Zeitungen Ostberlins oder der Zone auch nur nach einer einzigen Zeile gesucht hat, die den vierten Jahrestag des Chruschtschow-Ultimatums zur "Lösung der Westberlin-Frage" wenigstens erwähnte, hat seine Augen vergeblich angestrengt. Was vor vier Jahren mit einer ultimativen Frist von sechs Monaten von den Westmächten durch Moskau gefordert worden war, die Räumung Westberlins, scheint für Pankow heute eine peinliche Erinnerung zu sein. Das Schweigen Pankows steht im krassen Gegensatz zu dem propagandistischen Aufwand, der im Laufe der letzten vier Jahre immer wieder in Ostberlin inszeniert wurde.

Es sollte aber auch nicht vergessen werden, dass Moskau selbst in dieser Zeitspanne seit dem 27. November 1958 den Elan Pankows immer wieder bremsen musste. Ist es nicht der Erinnerung wert, dass Chruschtschow, nachdem er die Pariser Gipfel-Konferenz 1960 gesprengt hatte, auf seiner Rückkehr nach Moskau in Pankow Halt machte, um nicht nur in einer Rede in der Ostberliner Seelenbinder-Halle seinen Affront gegenüber dem Westen zu rechtfertigen, sondern gleichzeitig in Geheimgesprächen mit Ulbricht und anderen SED-Politbüro-Mitgliedern den Funktionären der SED Brück zu erklären, sein Druck auf Westberlin diene lediglich dem Ziel, die Westmächte zu Gesprächen über eine Lösung des weltweiten Ost-West-Konflikts zu zwingen.

Die Reminiszenzen an die Taktik Chruschtschows in der Berlin-Frage machen es verständlich, wenn Pankow heute über seine Ambitionen gegenüber Westberlin schweigt. Die Lehre von Kuba hat den Funktionären in Ostberlin vollends den Atem verschlagen, wenigstens in dem Sinn, dass man erkannt hat, Chruschtschow lässt sich nicht mehr vor den Ulbricht-Karren spannen, nachdem er weiss, wie bitter ernst es den Amerikanern in der Verteidigung ihrer wesentlichen Positionen ist, zu denen auch die Aufrechterhaltung der Freiheit Westberlins gehört.

Die gedämpfte Tonart, die heute in Ostberlin in der Westberlin-Frage opportunistisch erscheint, ist gerade in den letzten Tagen vor dem vierten Jahrestag des Chruschtschow-Ultimatums deutlich in Erscheinung getreten. Das vor kurzem veröffentlichte neue Parteiprogramm der SED, das im Januar 1963 auf dem VI. SED-Parteitag angenommen werden soll, spricht bezüglich Westberlins nicht mehr wie bisher von einer "entmilitarisierten freien Stadt", sondern begnügt sich mit der Forderung nach einer "Freien Stadt Westberlin". Auch das kurz vorher von der "SED-Westberlin" gebilligte neue Parteistatut lässt wohlweislich das Verlangen nach einer Entmilitarisierung Westberlins fallen.

Trotz dieser Tatsachen wäre es unklug, in der Berlin-Frage die augenblickliche Haltung Moskaus ausschliesslich als eine Folge der Kuba-Ereignisse anzusehen. Willy Brandt hat immer wieder im Hinblick auf die Lösung der Kuba-Krise vor Einschätzungen gewarnt, die in simplifizierender und gefährlicher Weise von einer "Kapitulation Moskaus" sprechen. Auch die von Westberliner CDU-Seite vertretene Auffassung, man solle bezüglich der Aspekte der Westberlin-Frage stur auf dem Status quo verharren und alle von sozialdemokratischer Seite vorgebrachten Forderungen nach der Erreichung eines "Modus vivendi" in der Berlin-Frage ad acta legen, könnten sich sehr leicht als Ausfluss einer mehr als kurzsichtigen politischen Konzeption erweisen. Wenn die Erfahrungen seit dem Chruschtschow-Ultimatum am 27. November 1958 etwas gelehrt haben, dann ist es die Erkenntnis, dass der Moskauer und damit auch der Pankower Politik nur durch eine dynamische Politik begegnet werden kann.

27. November 1962

Ausweitungen des Falles Fellenz

kr - Während in Bonn und Flensburg gegen ehemalige SS-Offiziere wegen deren Beteiligung an der Vernichtung von Juden im Dritten Reich verhandelt wird, hat es im Norden der Bundesrepublik in der letzten Woche weitere Verhaftungen gegeben, wobei es um die gleiche Anschuldigung geht. Dabei ist wie schon im Sommer 1960 bei der Festnahme des jetzt in Flensburg vor dem Richter stehenden ehemaligen SS-Sturmabführers Martin F e l l e n z auffällig, daß Organisationen und Personen sich zu demonstrativen Solidaritätskundgebungen für die unter dem Verdacht des vielfachen Judenmordes Stehenden verpflichtet fühlen.

In der letzten Woche wurde der ehemalige SS-Obersturmbannführer und Sachbearbeiter im Rassen- und Siedlungshauptamt, der SS-Mann Johannes P r e u ß, in Süderbrarup verhaftet, weil er für die Tötung von Kindern in den tschechoslowakischen Dörfern Lidice und Lecaky verantwortlich gemacht wird. Nach der Festnahme des unter Mordanschuldigung Stehenden, der übrigens ungeschoren seit Kriegsende unter dem falschen Namen Hans Eggert die Volkshochschule Süderbrarup leitete, gab es für ihn bemerkenswerte Ehrenerklärungen. Der Vorsitzende des Landesverbandes der Volkshochschule Schleswig-Holsteins meinte, Preuß habe mit "Takt und Zielstrebigkeit auf dem Gebiet der europäischen Probleme gearbeitet".

Aufgrund der sorgfältigen Ermittlungen in Ludwigsburg sind inzwischen zwei weitere Personen unter der Anschuldigung festgenommen worden, in der nationalsozialistischen Zeit an unmenschlichen Tötungen beteiligt gewesen zu sein. Der führende SS-Sturmabführer, Oberregierungsrat a.D. und bis zu seiner Festnahme Angestellter beim schleswig-holsteinischen Sozialministerium, Heinz R i c h t e r, soll an der Vergasung von Zehntausenden von Juden im Raum von Mogilew mitgewirkt haben. Er wurde am 6. November in Kiel verhaftet, nachdem ihn der Entnazifizierungsausschuss von Schleswig-Holstein im März 1952 in die Gruppe 3 eingestuft hatte. Unter der gleichen Anschuldigung steht der frühere SS-Hauptsturmführer Hans H a s s e, der am 20. November in Hamburg-Niendorf inhaftiert wurde.

Inzwischen wartet der Verwaltungsgerichtsrat beim schleswig-holsteinischen Verwaltungsgericht Ernst E k l e r s nach seiner Dienstenthebung am 4. Oktober auf den Ausgang der gegen ihn eingeleiteten Verfahren. Der hohe Verwaltungsrichter wird beschuldigt, 1941 bei Smolensk als SS-Obersturmbannführer an Erschießungen mitgewirkt zu haben. Ungelärt ist, wie eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den ersten Direktor der Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein, Dr. Werner B o r n ausgehen wird, der als SS-Offizier maßgeblich in der Wirtschaftsverwaltung des von den Nationalsozialisten eingerichteten Ghettos in Lodz tätig gewesen sein soll.

Wiener Geburtswehen

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Seit den Nationalratswahlen vom 18. November wurden in Österreich zahllose Gerüchte verbreitet und von der Volkspartei Versuchsballons losgelassen. Die sogenannte unabhängige Presse erging sich dabei in geradezu hektischer Betriebsamkeit, zum Teil um mit Koalitions-Astrologie das Leserinteresse zu wecken, zum Teil um ihren industriellen Geldgebern gefällig zu sein. Dabei wurden einige Gerüchte so beharrlich wiederholt, daß sie sich von selbst zu Versuchsballons aufgebläsen haben. Noch bevor die ersten Verhandlungen über die Regierungsbildung aufgenommen worden waren, sollte auf diese Weise die Volksmeinung und die Reaktion der Gegenseite erforscht werden.

Der ÖVP geht es bei diesen künstlich eingeleiteten Geburtswehen der neuen Regierung im wesentlichen um drei Anliegen:

Zur Besänftigung der siegestrunkenen Anhänger und zur Ablenkung von den eigentlichen Zielsetzungen sollen bei den bevorstehenden Verhandlungen optische Erfolge angestrebt werden.

Möglichst unauffällig sollen die erwünschten neuen Machtpositionen erreicht werden.

Für die Bundespräsidentenwahl im Mai 1963 soll schon jetzt eine günstige Ausgangsbasis geschaffen werden.

Auf optische Wirkung - im eigentlichen wie im übertragenen Sinne - war das bereits am Tage nach der Wahl einsetzende Kesseltreiben gegen den sozialistischen Direktor des österreichischen Fernsehens, Gerhard Freund, gerichtet. "Schluß mit dem roten Gefflimmer!" entrüstete sich der Leitartikler des ÖVP-"Volksblattes" und verlangte die Absetzung des Fernsehdirektors, dem man den "Mißbrauch des Fernsehens zugunsten der SPÖ-Propaganda" vorwirft. Kein Mißbrauch wäre es allerdings, wenn das Fernsehen mehr als bisher der ÖVP dienen würde, was ja auch offenkündig beabsichtigt wird.

Es hat derzeit durchaus nicht den Anschein, als würde die SPÖ ihren Fernsehdirektor und Nationalratskandidaten Freund fallenlassen. Hingegen aber könnte die ÖVP-Aktion gegen das "rote Fernsehen" zur Folge haben, daß, wie schon lange geplant, der ehemalige Rundfunkre-

porter Ing. Eduard Finger als ÖVP-Politkommissar in die Leitung des Gernschens entsandt wird. Des weiteren wird die ÖVP möglicherweise auch erreichen, daß die Höregebühren von derzeit monatlich sieben Schilling beträchtlich erhöht werden, damit ihr in Wien und in den Länderstudios mehr Geld für politische Freunde zur Verfügung steht. Schon bisher hatte die ÖVP Geldmittel aus Rundfunkgebühren beispielsweise zur Bekämpfung der Zinnpest in der Kapuzinergruft, der Grabstätte österreichischer Herrscher, verwendet.

Zu den gewünschten realen Machtpositionen für die ÖVP gehört dem Vornehmen nach die Schaffung eines eigenen Bundesministeriums für öffentliches Bauwesen durch Zusammenfassung der auf das Handels-, Sozial- und Landwirtschaftsministerium entfallenden einschlägigen Agenden. Dafür könnte die ÖVP etwa auf das Außenministerium und auf die Führung der verstaatlichten Unternehmungen verzichten, wo sich angesichts wachsender Schwierigkeiten ohnehin nicht viel Imposantes erreichen lassen wird. Hingegen wären ein derartiges Bauministerium und dessen zwangsläufige "Erfolge" aus Steuergeldern eindrucksvoll genug, um bei künftigen Wählergängen als Positivum gewertet zu werden. Schließlich hängen die erhaltenden sozialistischen Wählerfolge in der Bundeshauptstadt Wien unverkennbar mit der großzügigen Bautätigkeit der mehrheitlich sozialistischen Wiener Gemeindeverwaltung zusammen.

Die Analyse von Absichten und Beweggründen der ÖVP wird erschwert durch die beständige Uneinigkeit in der Führung dieser Partei selbst. Das gilt insbesondere in der Frage der "Auflockerung der Koalition". Der radikale "Reformerflügel" der ÖVP drängt auf ein gelegentliches Zusammengehen mit der Opposition.

Etwaige Alleinherrschaftspläne scheitern indes mit Gewißheit an dem 1957 vom Volk gewählten sozialistischen Bundespräsidenten Dr. Adolf Schärf, der auf Grund der Bundesverfassung bei der Regierungsbildung und bei der Wahrung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit weitgehende Befugnisse besitzt. Im Hinblick auf die Neuwahl des Bundespräsidenten macht die ÖVP schon jetzt gegen das allgemein hochgeschätzte Staatsoberhaupt Stimmung und stellt ihren Kandidaten Leopold Figl immer stärker in den Vordergrund.